

Bund lehnt höheren Zuschuss ab

A-81-Deckel Das Ministerium hat dem Bundestagsabgeordneten der Linken, Richard Pitterle, auf seine Anfrage eine Absage erteilt: Weitere Mehrkosten werden nicht übernommen. Von Günter Scheinpflug

Der Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle, will den Bund bei den Mehrkosten für den A-81-Deckel noch mehr in die Pflicht nehmen. Pitterle richtete Ende Februar eine entsprechende Anfrage an den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Andreas Scheuer. Pitterle kritisiert, dass die Städte Böblingen und Sindelfingen sowie der Landkreis in gleichen Teilen rund 7,2 Millionen Euro zusätzlich aufbringen sollen. Der Bund müsse das gesamte Mehrkostenrisiko tragen, meint der Linken-Abgeordnete. Scheuer erteilte ihm eine Absage. Wie vereinbart, werde der Bund an dem geplanten 850 Meter langen Deckel lediglich die Gesamtkosten für 400 Meter tragen. Für Pitterle ist das ein „politischer Skandal.“

Es sei nicht hinzunehmen, dass der Bund nur einen Teil des Kostenrisikos übernehmen wolle, meint Pitterle. „Die Antwort der Bundesregierung ist enttäuschend, weil sie übersieht, dass die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bundesautobahnausbau nach der Finanzverfassung vom Bund zu tragen sind“, führt der Mandatsträger der Linken aus. Die einstige SPD-Staatssekretärin Karin Roth

„Pitterle hat mit seiner Anfrage im Ministerium absolut Recht:“

Bernd Vöhringer, der Sindelfinger OB

habe ihm noch im Dezember 2009 versichert, dass allen Beteiligten klar sei, dass der Bund alle Mehrkosten übernehme. In den Verhandlungen mit dem Land, den Städten und dem Landkreis war man später jedoch überein gekommen, dass der Bund zusätzlich zu den zuvor geplanten Lärmschutzwänden tatsächlich als Zugabe lediglich für die Kosten einer 400 Meter langen Einhausung aufkommt. Im übrigen hatten die Planer darauf verwiesen, dass die geltenden Lärmgrenzwerte auch mit den zuvor geplanten Lärmschutzwänden eingehalten werden könnten.

„Pitterle hat mit seiner Anfrage absolut Recht“, sagt der Sindelfinger Oberbürgermeister Bernd Nähringer (CDU). Karin Roth habe einst tatsächlich zugesagt, dass der Bund das Kostenrisiko trage. Doch habe es keine schriftliche Vereinbarung darüber gegeben. Er habe im Bundesverkehrsministerium immer wieder nachgefragt, allerdings ohne Erfolg. „Das war Hinhaltenakt“, erklärt Vöhringer. Es habe Entwürfe über eine Finanzierungsvereinbarung gegeben, doch seien diese von den Ministerien immer wieder zurückgezogen worden. „Offensichtlich hat man daran gearbeitet, dass man sich nicht an das Wort halten muss“, sagt Vöhringer etwas bitter.

Vöhringer geht nun davon aus, dass man dieses Mal zu einer schriftlichen Finanzierungsvereinbarung aller Projektbeteiligten komme. Er sagt aber auch: „Sie ist noch nicht in trockenen Tüchern.“ An der Vereinbarung wird gegenwärtig im Verkehrsministerium gearbeitet. „Wir sind auf einem guten Weg. Das sollte man nicht in Frage stellen“, betont der Landtagsabge-



Die A 81 soll zwischen den Anschlussstellen Mblingen-Halb bis Sindelfingen-Ost sechsspurig ausgebaut werden und einen 850 Meter langen Lärmschutzdeckel erhalten. Foto: factum

DECKELKOSTEN SIND VON 50,3 AUF 68,1 MILLIONEN EURO GESTIEGEN

Bauvorhaben Die Autobahn 81 soll zwischen Böblingen-Halb und Sindelfingen-Ost auf 71 Kilometern Länge sechsspurig mit zwei Standstreifen ausgebaut werden. Zudem sind drei neue Anschlussstellen geplant. Inklusive des 850-Meter-Deckels

betragen die Gesamtkosten rund 230 Millionen Euro.

Kostenbeteiligung Die Deckelkosten sind seit der Planung im Jahr 2009 von 50,3 Millionen auf 68,3 Millionen Euro gestiegen. Der Bund soll jetzt 31 Millionen

Euro zahlen. Der Kreis, die Städte und das Land sind mit 37,3 Millionen Euro beteiligt. Durch die Kostensteigerung zahlt das Land statt 9,9 nun 14,5 Millionen Euro. Der Kreis und die Städte erhöhen ihren Obolus um jeweils 2,4 auf je 7,4 Millionen Euro. gig

ordnete der Grünen, Bernd Murschel. Der Bund habe mit der Deckelfinanzierung von 400 Metern bereits ein Zugeständnis gemacht, das über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehe. „Wir sollten jetzt vielmehr darauf pochen, dass die Vereinbarung rasch unter Dach und Fach ist“, unterstreicht Murschel. Denn erst wenn die Unterschriften

ten aller Beteiligten unter dem Finanzierungsvertrag stehen, kann mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen werden. In diesem muss auch vereinbart werden, wie weitere Preissteigerungen aufgefangen werden. Seit der Planung im Jahr 2009 waren die Deckelkosten von 50,3 Millionen Euro auf 68,3 Millionen Euro gestiegen.